

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, 15. Juni 2005, 16.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend vom Stadtrat:

die Damen und Herren Ratsmitglieder

<p><u>SPD</u> Boßer, Bündgen, Dickmeis, Gartzen, Gehlen, Heidbüchel, Kämmerling, Kendziora, Koch, Krauthausen, Ladwig, Löhmann, Medic, Noichl, Paul, Rütten, Scholz, Schultheis, Schyns, Unger, Wagner, Weidenhaupt, Weißhaupt, Zollorsch,</p>	<p><u>CDU</u> Baberowski, Brief, Casel, Dittrich, Dondorf, Faschinger, Groß, Kortz, Krauthausen, Lennartz, Peters, Pohl, Schieren, Stolz, Willms,</p> <p><u>Anwesend von der Verwaltung:</u> Herr Bgm. Bertram, Herr Beig. Schulze, Herr Beig. Knollmann, Herr Beginn, Herr Fütterer, Herr Gühsgen, Herr Handels, Herr Jopke, Herr Kaever, Herr Kaldenbach, Herr Kamp, Herr Mertens, Herr Müller, Herr Rehahn, Herr Röhrig, Herr Rombach, Herr Schreiber, Herr Wipperfürth,</p>	<p><u>UWG</u> Müller, Olbrich, Spies, Waltermann,</p> <p><u>GRÜNE</u> Leisten, Pieta, Schürmann,</p> <p><u>FDP</u> Göbbels, Krieger, Theuer,</p> <p><u>Es fehlte:</u> Schmitz,</p> <p><u>Schriftführer:</u> Frau Baader, Frau Johnen,</p> <p><u>Gäste:</u></p>
---	--	---

Tagesordnung:**A) Öffentlicher Teil**

- A 1) Fragestunde für Einwohner
- A 2) Genehmigung von Niederschriften
 - A 2.1 Genehmigung einer Niederschrift
 - A 2.2 Genehmigung einer Niederschrift
- A 3) **Haushaltssatzung 2005**
 - A 3.1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2005 gemäß § 79 Abs. 3 GO NRW
 - A 3.2 Erlass der Haushaltssatzung 2005
VV-Nr. 177/05
 - A 3.3 Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2004 - 2008
VV-Nr. 114/05
 - A 3.4 Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2009
VV-Nr. 161/05
- A 4) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW – KAG NRW – für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eschweiler
VV-Nr. 090/05
- A 5) Umsetzung des Konsolidierungsplanes des Bistums Aachen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder;
hier: Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bistum und Konkretisierung der Einzelmaßnahmen
VV-Nr. 146/05
- A 6) Allgemeiner Zuschuss an freie Wohlfahrtsverbände;
hier: Erhöhung des städtischen Zuschusses an den Sozialdienst kath. Frauen e.V.
Antrag vom 14.03.2005
VV-Nr. 110/05
- A 7) Veränderungen in der Besetzung des Schulausschusses;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2005 u. a.
VV-Nr. 165/05
- A 8) Veränderungen in der Besetzung des Sozial- und Seniorenausschusses;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.05.2005
VV-Nr. 166/05
- A 9) Veränderung in der Besetzung des Anregungs- und Beschwerdeausschusses;

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 31.05.2005
VV-Nr. 169/05

- A 10) Flurbereinigung Inden;
 Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Inden
VV-Nr. 108/05
- A 11) Flurbereinigung Kirchberg;
 Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Aldenhoven
VV-Nr. 107/05
- A 12) Übernahme von Wirtschaftswegen in Eigentum und Unterhaltung im Flurbereinigungsgebiet Kirchberg
VV-Nr. 120/05
- A 13) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Eschweiler, Flur 60, Nrn. 25 tlw.
 - Spiesbenden -, 26 tlw. und 27 tlw.
 - Stüfgensbenden -;
 hier: Erlass einer Satzung
VV-Nr. 150/05
- A 14) Planungsangelegenheiten
- A 14.1 Bebauungsplan E 52, 6. Änderung
 - Am Riffersbach -;
 hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
VV-Nr. 101/05
- A 15) Anfragen und Mitteilungen
- A 15.1 Feinstaubmessung;
 hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2005
VV-Nr. 172/05

B) Nichtöffentlicher Teil

- B 1) Beleuchtungssanierung auf der Basis von Beleuchtungscontracting
VV-Nr. 167/05
- B 2) Durchführung von Turn- und Schwimmfahrten und Schülerspezialverkehr im Schuljahr 2005/2006
VV-Nr. 168/05
- B 3) Übernahme einer Ausfallbürgschaft
 - Genehmigung einer dringlichen Entscheidung –
VV-Nr. 134/05
- B 4) Erweiterung der Kath. Grundschule Eduard-Mörke-Straße zur offenen Ganztagschule;
 hier: Ausführung von Elektroarbeiten
VV-Nr. 171/05
- B 5) Anfragen und Mitteilungen

B 5.1 Beschlusskontrolle
VV-Nr. 170/05

B 5.2 Jahresrechnung 2003;
 - Mündlicher Bericht -

A) Öffentlicher Teil

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Rates um 16.00 Uhr. Er begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Bgm. Bertram zur Kenntnis, dass RM Baberowski ihm gegenüber in der vergangenen Woche erklärt habe, sie wolle ihr Ratsmandat aus persönlichen Gründen mit Wirkung vom 01.07.2005 niederlegen. Frau Baberowski sei seit dem 01.10.1999 Mitglied des Rates sowie Mitglied verschiedener Ausschüsse gewesen. Er dankte RM Baberowski für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschte ihr für die Zukunft weiterhin alles Gute und persönliches Wohlergehen.

Im Anschluss hieran stellte Bgm. Bertram fest, dass die Einladung zur Ratssitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Rates gegeben sei.

Zur Tagesordnung beantragte RM Dittrich unter Bezugnahme auf das Schreiben der Verwaltung vom 15.06.2005 in Sachen „Auenkonzept“ die Beratung dieser Angelegenheit noch vor der Beratung zu TOP 3 vorzunehmen. Bgm. Bertram wies darauf hin, dass in der vorgenannten Angelegenheit nach den Vorschriften der Gemeindeordnung nur im nichtöffentlichen Teil beraten werden dürfe. Der Antrag des RM Dittrich wurde bei der darauffolgenden Abstimmung mit 34 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, FDP) gegen 15 Ja-Stimmen (CDU) abgelehnt.

Daraufhin wurde die Sitzung auf Antrag des RM Dittrich von 16.09 – 16.16 Uhr unterbrochen.

A 1) **Fragestunde für Einwohner**

Bgm. Bertram gab zur Kenntnis, dass derzeit keine Anfragen vorlägen.

A 2) **Genehmigung von Niederschriften**

A 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Eschweiler am 13.04.2005; abschriftlich zugestellt am 10.05.2005

A 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 18.05.2005; abschriftlich zugestellt am 31.05.2005

Die Niederschriften wurden einstimmig genehmigt.

A 3) Haushaltssatzung 2005

Vor Beratung über die Verwaltungsvorlagen zu Tagesordnungspunkt 3 hielten die RM Gehlen, Dittrich, Spies, Pieta und Theuer zunächst die als Anlagen 1 – 5 beigefügten Haushaltsreden der Stadtratsfraktionen.

Im Anschluss hieran fand eine erneute Sitzungspause von 17.31 – 17.44 Uhr statt.

A 3.1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2005 gemäß § 79 Abs. 3 GO NRW

Beig. Knollmann gab zur Kenntnis, dass fristgerecht Einwendungen der Firmen Pedro Schöller und Hannen GmbH bezüglich der Gewerbesteuererhöhung sowie Einwendungen der IHK zu Aachen betreffend die Gewerbesteuererhöhung und allgemeiner haushaltsrechtlicher Problemstellungen eingegangen seien. Eine weitere Einwendung der Fa. Zittel sei nach Fristablauf eingegangen. Hinsichtlich der Einwendungen zur Erhöhung der Gewerbesteuer verwies er auf die bisherigen Ausführungen der Verwaltung. Zu den Einwendungen der IHK in haushaltsrechtlicher Hinsicht bemerkte er, dass die Auffassung der Kammer unrichtig sei. Letztlich sei der Handlungsrahmen des Innenministeriums zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten sowie die hierzu ergangenen Verfügungen der Bezirksregierung Köln rechtswirksam anzuwenden. Für kreisangehörige Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzept (Größenklasse 25.000 bis unter 60.000 Einwohner) gelte auch weiterhin ein Mindestsatz von 422 v. H. (10 Prozentpunkte über dem fiktiven Hebesatz). Durch die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer auf 430 v. H. werde neben dem Erfordernis, die Gewerbesteuer in Höhe von 422 v. H. zu erheben auch die an sich ebenfalls notwendige Erhöhung der Grundsteuer B (von 381 auf 389 v. H.) kompensiert.

Vor diesem Hintergrund schlug Beig. Knollmann dem Rat vor, wie folgt zu beschließen:

Die Einwendungen seitens der Fa. Hannen GmbH und Fa. Pedro Schöller sowie der IHK zu Aachen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2005 werden zurückgewiesen.

Mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) gegen 22 Nein-Stimmen (CDU, UWG, FDP) fasste der Rat den vorstehenden Beschluss.

A 3.2 Erlass der Haushaltssatzung 2005 VV-Nr. 177/05

Vor Abstimmung über die vorliegende Verwaltungsvorlage Nr. 177/05 erfolgte zunächst die Beratung der im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.06.2005 zurückgestellten Anträge sowie die Erläuterung verschiedener Haushaltsspositionen durch die Verwaltung. Hierzu erfolgten folgende Beschlüsse bzw. wurden folgende Erläuterungen gegeben:

Zu UA 28000 – Gesamtschule (S. 180 – 182):

Der diesbezüglich vorliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde durch RM Gehlen zurückgezogen.

Zu H.St. 1.70000.16200/3 – Anteil des Kreises Aachen für die Oberflächenentwässerung (S. 279):

Beig. Schulze führte aus, hierzu existiere eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Kreis Aachen, durch die sich der Kreis Aachen verpflichtet habe, sich an den Kosten der Oberflächenentwässerung mit einem Betrag in Höhe von 90.000,00 € zu beteiligen.

Zu H.St. 9.61500.36101/8 – Zuweisungen vom Land (S. 370 – 371):

Beig. Schulze erläuterte, dass verschiedene geplante Maßnahmen auf Folgejahre verschoben werden mussten. Insoweit habe man die Veranschlagung der Zuweisungen entsprechend anpassen müssen.

Zu H.St. 9.61500.95022/6 – Stadterneuerung „Entwicklungsgebiet Innenstadt“, Umgestaltung des Platzes vor dem Talbahnhof (S. 372):

Beig. Schulze führte hinsichtlich der Stahlpreisentwicklung aus, dass die Kosten für Stahl gem. Index der Dt. Bauindustrie von seinerzeit 118,80 € auf 182,90 € (Stand Oktober 2004) gestiegen seien. Durch diese Preisentwicklung habe sich annähernd eine Verdoppelung der Kosten ergeben.

RM Müller beantragte daraufhin, für die Maßnahme „Überdachung Talbahnhof“ einen Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt zu erteilen.

Bgm. Bertram wies darauf hin, dass Prüfaufträge nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ausschließlich durch den Bürgermeister oder den Rat erteilt werden können.

RM Dondorf wies darauf hin, dass sämtliche Vergabeangelegenheiten ohnehin durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft würden, so dass sich die Erteilung eines besonderen Prüfauftrages hierfür erübrige.

RM Müller zog seinen Antrag daraufhin zurück.

Zu H.St. 9.61500.95028/5 – Umsetzung des Auenkonzeptes der Inde im Innenstadtbereich (S. 374):

Bgm. Bertram erläuterte, dass die Ansatzbildung für das Jahr 2005 unverändert geblieben sei und für die Folgejahre jeweils 50.000,00 € Folgekosten veranschlagt worden seien.

Beig. Schulze stellte nochmals klar, dass für Ausgleichsmaßnahmen zur Indeterrasse in den Haushalt 2005 50.000,-- € eingestellt worden seien. Die Veränderungsliste der FDP-Fraktion zu Haushalt 2005 habe sich auf eben diese 50.000,-- € bezogen. Desto mehr würde ihn die Formulierung im FDP-Antrag vom 10.06.2005 verwundern, in der eine persönliche Amtshaftung eingefordert werde. Ebenso verwies er auf die von RM Müller, UWG, getätigten Äußerungen im Zusammenhang mit dem Bautagebuchvorgang, deren Richtigstellung trotz mehrfacher Aufforderung bislang nicht erfolgt sei. Ein derartiges Verhalten zerstöre die Problemlösungskompetenz des Dezernenten, die diese Stadt brauche. Er habe versucht, hier Strukturen zu schaffen, Motivation und Mut zu bringen. Rufschädigende Äußerungen und Missachtung des Vertrau-

enssschutzes demontierten jedoch das Amt. Er wolle der Stadt Eschweiler keinesfalls im Wege stehen. Wenn eine Ratsmehrheit die von FDP und UWG vertretenen Auffassungen teile, könne der Rat von § 71 GO NRW Gebrauch machen.

RM Theuer erklärte hierzu, die FDP-Fraktion wolle keineswegs den Dezernenten, Herrn Schulze, persönlich angreifen, sondern habe sich in ihrem Antrag lediglich zu einer allgemeingültigen Amtshaftung bekennen wollen. RM Göbels ergänzte, dass mit dem Antrag kein Angriff auf Herrn Schulze persönlich beabsichtigt gewesen sei.

Im Anschluss stimmte der Rat der vorstehend genannten Haushaltsposition mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) gegen 18 Nein-Stimmen (CDU, 3 UWG) bei 4 Enthaltungen (FDP, RM Waltermann) zu.

Zuschuss Liebfrauenschule in Höhe von 25.000,00 € (CDU-Antrag vom 06.06.2005):

Der Rat lehnte die mit CDU-Antrag vom 06.06.2005 beantragte Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 25.000,00 € für die Bischöfliche Liebfrauenschule mit 33 Nein-Stimmen (SPD, UWG, Grüne, RM Krieger, Bgm.) bei 17 Ja-Stimmen (CDU, 2 FDP) ab.

Mehrausgabe in Höhe von 10.000,00 € für Wirtschaftsförderung (CDU-Antrag vom 06.06.2005):

Der Antrag wurde insoweit der Erledigung zugeführt, indem vereinbart wurde, dass die Mittel von der Strukturfördergesellschaft bereitgestellt werden.

Sondernutzungsgebühren Straßen (CDU-Antrag vom 06.06.2005):

RM Dittrich zog seinen diesbezüglichen Antrag zurück.

Konzessionsabgabe Wasserwerk:

RM Gehlen bat die Verwaltung um Stellungnahme, warum die in 2005 veranschlagte Einnahme in diesem Bereich doppelt so hoch sei. Herr Wipperfürth erläuterte hierzu, dass die Zahlung der Konzessionsabgabe für das 4. Quartal 2004 erst in 2005 geleistet worden sei, so dass sie mit Rücksicht auf den Grundsatz der Kassenwirksamkeit in 2005 zu veranschlagen gewesen sei. Eine entsprechende Einzelaufstellung werde der Niederschrift als Anlage beigelegt (Anlage 6).

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit den vorstehend beschlossenen Änderungen mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) gegen 22 Nein-Stimmen (CDU, UWG, FDP) zu:

I. Haushaltssatzung 2005

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. April 2005 (GV. NRW. S. 306), beschließt der Rat der Stadt Eschweiler folgende Haushaltssatzung:

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2005, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im

Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	117.662.458 €
In der Ausgabe auf	129.306.806 €

Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	44.299.162 €
in der Ausgabe auf	44.299.162 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2005 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf **12.124.500 €** festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **15.982.500 €** festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **25.000.000 €** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	270 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer	430 v.H.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2008 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 7

1. Im Stellenplan sind verschiedene Stellen als „künftig umzuwandeln“ (ku) ausgewiesen.

Hieraus ergibt sich nachstehende Rechtsfolge:

ku-Vermerk: Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers in eine Planstelle einer niedrigeren Besoldungs-, Vergütungs- bzw. Lohngruppe zurückgeführt werden.

2. Der Bürgermeister ist ermächtigt, Beamte bei Verleihung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle einzuweisen, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren (§ 3 Abs. 1 LBesG).

II. Haushaltsvermerke

Ergänzend zu den gemäß vorliegendem Haushaltsentwurf 2005 festgelegten Haushaltsvermerken (Seiten 119 – 126) werden nachstehende Haushaltsstellen mit einbezogen

Haushaltsvermerke nach § 17 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

A) Verwaltungshaushalt

Einnahme		Ausgabe	
1.06000.16900/8	Verwaltungskostenanteile von UA'en 16000, 67500, 70000, 70200, 72000, 73000 und 75000	1.16000.67900/1	Verwaltungskostenanteile an UA'e an 06000 und 70000
		1.67500.67900/1	Verwaltungskostenanteile an UA 06000
		1.70000.67900/6	Verwaltungskostenanteile an UA'e 06000 und 70000
		1.70200.67900/0	Verwaltungskostenanteile an UA 06000
		1.72000.67900/9	
		1.73000.67900/5	
		1.75000.67900/8	

Einnahme		Ausgabe	
1.67500.16920/8	Verwaltungskostenanteil von UA 63000 (Allgemeininteresse – Anteil der Stadt an Kosten der Straßenreinigung)	1.63000.67920/4	Verwaltungskostenanteil an UA 67500 (Allgemeininteresse – Anteil der Stadt an Kosten der Straßenreinigung)
1.70000.16900/8	Verwaltungskostenanteile von UA'en 06000, 16000, 63000 und 70200	1.06000.67900/6	Verwaltungskostenanteile an UA'e 70000, 72000 und 75000
		1.16000.67900/1	Verwaltungskostenanteile an UA'e 06000 und 70000
		1.63000.67900/0	Verwaltungskostenanteil

			an UA 70000 (Sinkkastenreinigung)
		1.70200.67900/0	Verwaltungskostenanteile an UA'e 06000 und 70000
1.70000.16910/5	Anteil der Stadt für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Verkehrsflächen (innere Verrechnung)	1.63000.67910/7	Kostenanteil der Stadt an der Straßenentwässerung (innere Verrechnung)
		1.65000.67910/0	
		1.66000.67910/6	
		1.66500.67910/2	
1.70000.16930/0	Verwaltungskostenanteil von UA 63000 (Erstattung Gebührenabschlag)	1.63000.67930/1	Verwaltungskostenanteil an UA 70000 (Erstattung Gebührenabschlag)
1.72000.16900/0	Verwaltungskostenteil von UA 06000	1.06000.67900/6	Verwaltungskostenanteile an 70000, 72000 und 75000
1.75000.16900/0	Verwaltungskostenanteile von UA'en 06000 und 58000	1.06000.67900/6	Verwaltungskostenanteile an 70000, 72000 und 75000
		1.58000.67900/6	Verwaltungskostenanteil an UA 750000 (Grünflächenanteil städt. Friedhöfe)
1.91200.27930/1	Kalkulatorische Rückstellungen (Zuführung an Sonderrücklage „Straßenreinigung“)	1.91100.86030/9	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Zuführung an Sonderrücklage „Straßenreinigung“)
1.91200.27940/9	Kalkulatorische Rückstellungen (Zuführung an Sonderrücklage „Abwasserbeseitigung“)	1.91100.86040/6	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Zuführung an Sonderrücklage „Abwasserbeseitigung“)
1.91200.27950/6	Kalkulatorische Rückstellungen (Zuführung an Sonderrücklage „Abfallbeseitigung“)	1.91100.86050/3	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Zuführung an Sonderrücklage „Abfallbeseitigung“)

B) Vermögenshaushalt

Einnahme		Ausgabe	
9.91100.30030/0	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Zuführung an Sonderrücklage „Straßenreinigung“)	9.91300.91130/3	Zuführung an Sonderrücklage „Straßenreinigung“
9.91100.30040/7	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Zuführung an Sonderrücklage „Abwasserbeseitigung“)	9.91300.91140/0	Zuführung an Sonderrücklage „Abwasserbeseitigung“
9.91100.30050/4	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Zuführung	9.91300.91150/8	Zuführung an Sonderrücklage „Abfallbeseitigung“

	<p>zung an Son-derrücklage „Abfallbeseiti-gung“)</p>		
--	--	--	--

**A 3.3 Finanzplanung und Investitionsprogramm für den
Planungszeitraum 2004 – 2008
VV-Nr. 114/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) gegen 22 Nein-Stimmen (CDU, UWG, FDP) zu:

1. Der Finanzplan für den Planungszeitraum 2004 – 2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2004 – 2008 wird beschlossen.
3. Das Ergebnis der abschließenden Haushaltsberatung ist in die Finanzplanung und das Investitionsprogramm einzuarbeiten.

**A 3.4 Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2009
VV-Nr. 161/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) gegen 22 Nein-Stimmen (CDU, UWG, FDP) zu:

Das Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2009 wird beschlossen.

Das Ergebnis der Haushaltsberatung ist in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten.

**A 4) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Kommunalabgabengesetz NRW – KAG NRW – für straßenbauliche Maß-
nahmen der Stadt Eschweiler
VV-Nr. 090/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 27 Ja-Stimmen (SPD, Grüne ohne RM Leisten, Bgm.) gegen 22 Nein-Stimmen (CDU, UWG, FDP) zu:

Die als Anlage beigefügte neu gefasste „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalwahlabgabengesetz NRW -KAG NRW- für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eschweiler“ wird beschlossen.

**A 5) Umsetzung des Konsolidierungsplanes des Bistums Aachen im Bereich
der Tageseinrichtungen für Kinder;
hier: Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bistum und Konkretisie-
rung der Einzelmaßnahmen
VV-Nr. 146/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Dem in der Vorlage dargestellten, zwischen Verwaltung und Kirche ausgehandelten Maßnahmenkatalog zur Erzielung des erforderlichen Gesamteinsparungspotentials durch die Kirche im Zeitrahmen 2005 bis 2007 wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die im Personalkostenbereich der kirchlichen

Kindergärten festgesetzten Einsparungsbeträge tatsächlich erzielt oder ggf. durch gleichwertige Alternativmaßnahmen ersetzt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ab 01.08.2005 schrittweise in die Umsetzung des gesamten Konsolidierungspaketes einzusteigen bei kontinuierlicher Beobachtung des festgelegten Finanzrahmens und der haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

- A 6) Allgemeiner Zuschuss an freie Wohlfahrtsverbände;
hier: Erhöhung des städtischen Zuschusses an den Sozialdienst kath. Frauen e.V.
Antrag vom 14.03.2005
VV-Nr. 110/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Dem Antrag des Sozialdienstes kath. Frauen e. V. auf Erhöhung des bisherigen allgemeinen Zuschusses wird nicht entsprochen.

- A 7) Veränderungen in der Besetzung des Schulausschusses;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2005 u. a.
VV-Nr. 165/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

1. Frau Britta von Morandell wird als persönliche Vertreterin der Sachkundigen Bürgerin Gabriele Pieta in den Schulausschuss gewählt.
2. Für die Städt. Gesamtschule Eschweiler wird als beratendes Mitglied Herr Gerd Knörchen in den Schulausschuss bestellt.

- A 8) Veränderungen in der Besetzung des Sozial- und Seniorenausschusses;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.05.2005
VV-Nr. 166/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Herr Günter Sauer wird als persönlicher Vertreter des Sachkundigen Bürgers Herbert Brüsseler in den Sozial- und Seniorenausschuss gewählt.

- A 9) Veränderung in der Besetzung des Anregungs- und Beschwerdeausschusses;
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 31.05.2005
VV-Nr. 169/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Herr Volker Willms wird als persönlicher Vertreter des beratenden Mitgliedes Horst Maus in den Anregungs- und Beschwerdeausschuss gewählt.

- A 10) Flurbereinigung Inden;
Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Inden
VV-Nr. 108/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Stadt Eschweiler stimmt der Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Inden gemäß der beigefügten Anlage - Auszug aus der Übersichtskarte Flurbereinigungsverfahren Inden 1:5000 - zu.

Die Grenzänderung tritt in Kraft mit dem 01. Januar des Jahres, das dem Jahr der Ausführungsanordnung des Flurbereinigungsplanes Inden folgt.
Ein Geldausgleich zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften findet nicht statt.

**A 11) Flurbereinigung Kirchberg;
Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Aldenhoven
VV-Nr. 107/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Stadt Eschweiler stimmt der Änderung der Kreis- und Gemeindegrenze zu Aldenhoven gemäß der beigefügten Anlage 2 zu.

Die Grenzänderung tritt in Kraft mit dem 01. Januar des Jahres, das dem Jahr der Ausführungsanordnung des Flurbereinigungsplanes Kirchberg folgt.
Ein Geldausgleich zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften findet nicht statt.

**A 12) Übernahme von Wirtschaftswegen in Eigentum und Unterhaltung im
Flurbereinigungsgebiet Kirchberg
VV-Nr. 120/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Übernahme der in der Flurbereinigung Kirchberg planfestgestellten und künftig im Stadtgebiet gelegenen Wirtschaftswegen Nrn. 103, 104 tlw., 105/03 tlw., 117, 118, 119 und 120 - s. Anlage 2 - in Eigentum nach Rechtskraft des Flurbereinigungsplanes sowie in Unterhaltung nach VOB-Abnahme wird zugestimmt. Eine Gewährleistungszusage seitens der RWE Power AG, dass Schäden, die sich daraus ergeben, dass vorgenannte Wege auf wiederverkipptem Gelände errichtet werden, für die Dauer von 10 Jahren beseitigt werden, ist Voraussetzung dieses Beschlusses.

**A 13) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung
Eschweiler, Flur 60, Nrn. 25 tlw.**

- Spiesbenden -, 26 tlw. und 27 tlw.
- Stüfgensbenden -;

**hier: Erlass einer Satzung
VV-Nr. 150/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Erlass der Satzung über die Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Eschweiler, Flur 60 Nrn. 25 tlw. - Spiesbenden -, 26 tlw. und 27 tlw. - Stüfgensbenden - in der Fassung des als Anlage 1 beigefügten Entwurfes wird beschlossen.

Der Satzungsentwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Gem. § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 09.04.1956 ist die Zustimmung zum Erlass der Satzung bei der Aufsichtsbehörde einzuholen.

A 14) Planungsangelegenheiten

A 14.1 Bebauungsplan E 52, 6. Änderung

- Am Riffersbach -;

hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

VV-Nr. 101/05

Bgm. Bertram wies die Ratsmitglieder auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 GO NRW hin.

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Anregungen der Bürger aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) sowie § 3 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 3 (2) sowie § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan E 52, 6. Änderung (Anlage 3) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

A 15) Anfragen und Mitteilungen

A 15.1 Feinstaubmessung;

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2005

VV-Nr. 172/05

Die Ratsmitglieder nahmen die Sachverhaltsdarstellungen der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 15.2 Blausteinsee

RM Müller bat die Verwaltung um Mitteilung, ob es bezüglich des Todesfalls am Blausteinsee neue Erkenntnisse gebe. Herr Kamp führte hierzu aus, dass der Unfallhergang durch die Polizei aufgenommen worden sei, derzeit allerdings noch die polizeilichen Ermittlungen liefen, so dass weitere Erkenntnisse nicht vorlägen.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. Bgm. Bertram schloss daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.53 Uhr.

Haushaltsrede des Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion
Eschweiler, Leo Gehlen, zu den Haushaltsberatungen
2005

Es gilt das gesprochene Wort

Freigabe: 15.06.2005 16:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen finden und fanden Mitte des Jahres 2005 statt, was man sicherlich kritisieren kann, da es günstiger wäre, den Haushalt am Ende des vorherigen Jahres oder zu Beginn des laufenden Jahres zu verabschieden.

Da wir aber Ende 2004 beschlossen haben, den Stadtbetrieb aufzulösen und die Rückführung der Aufgaben in den Bereich der Verwaltung organisationsmäßig geregelt werden musste und zum anderen auch die rechnermäßige Abwicklung erfolgen musste, war es leider nicht möglich, uns früher einen entsprechenden Entwurf der Haushaltssatzung 2005 seitens der Verwaltung vorzulegen. Hinzu kamen die notwendigen Verwaltungsprozesse, die durch die Gründung der ARGE eingeleitet werden mussten.

Die verspäteten Haushaltsberatungen sind zu bedauern, aber wie uns von der Verwaltung versichert wurde, nicht eher möglich gewesen.

Aufgrund der eben geschilderten Einflüsse, stellt sich die Frage, ob wir hier in Eschweiler über die Verabschiedung von Doppelhaushalten für die kommenden Jahre nachdenken sollten.

Da der Haushalt laut Gemeindeordnung NRW in jedem Jahr ausgeglichen werden muss, was im vorliegenden Fall nicht erzielt worden ist, sind wir gezwungen ein Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009 vorzulegen.

Die Ursache liegt einerseits in der Tatsache begründet, dass Bund und Land permanent neue Aufgaben auf die Kommunen verlagern, ohne die Sicherung der Aufgaben in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Daneben wurden häufig Standards der einzelnen Aufgabenbereiche angehoben, bzw. die Aufgabenfelder ausgeweitet, ohne dass jedoch Land und Bund für eine ausreichende Finanzausstattung Sorge trugen.

Dieses ist übrigens auch im Vorbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2005-2009 nachzulesen.

Der Verwaltungshaushalt beläuft sich im Entwurf auf Einnahmen in Höhe von ca. 107 Millionen Euro, dem Ausgaben in Höhe von 119 Millionen Euro gegenüberstehen, so dass wir hier eine Unterdeckung von ca. 12 Millionen Euro feststellen müssen.

Der Vermögenshaushalt ist mit ca. 36,7 Millionen Euro ausgeglichen.

Die Stadt Eschweiler tritt mit diesen Mitteln als Investor auf, fördert Handwerk und Gewerbe und sichert nicht zuletzt Arbeitsplätze.

Eine wie von der CDU geforderte Reduzierung der städt. Investitionen um 5% im Vermögenshaushalt ist zu diesem Zeitpunkt kontraproduktiv.

Diese Kenndaten des uns vorliegenden Haushaltsentwurf bedeuteten schwierige Beratungen innerhalb der Fraktion bzw. in Absprache mit dem Koalitionspartner Bündnis 90/ Die Grünen.

Für den Bereich der Jugend ist zu sagen, dass wir hier keine wesentlichen Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen haben, sondern in einzelnen Fällen, wie zum Beispiel beim Pastor- Zohren-Haus fehlende Landes- und Bistumsmittel kompensiert haben.

In diesem Bereich betrachten wir mit Sorge die Finanzkrise des Bistums, da wir davon ausgehen müssen, dass die Stadt in Bereichen wie den Kath. Kindergärten in Zukunft noch mehr belastet wird bzw. Kindergärten übernehmen muss.

Deshalb begleiten wir die Neustrukturierung des Aufgabenbereiches Tageseinrichtungen für Kinder positiv, in dem wir eine Anstalt des öffentlichen Rechts favorisieren.

Im Bereich Soziales wird es mit uns keine Kürzungen geben, so dass hier eindeutig die Botschaft an die Sozialverbände und -organisationen ist, dass auch weiterhin die städt. Zuschüsse stabil bleiben. Hier ist zu erwähnen, dass wir den SkF trotz der angespannten Haushaltslage mit einem einmaligen Zuschuss unterstützen werden.

Für den schulischen Bereich ist zu sagen, dass es weiterhin eine Sicherung des Kid's-Klub geben wird, die Offenen Ganztagsgrundschulen weiter ausgebaut und die Schulgebäude Zug um Zug saniert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auch wenn die Signale der neuen CDU/ FDP-Landesregierung aus Düsseldorf für den Bereich der Gesamtschule kritisch zu betrachten sind, stehen die Sozialdemokraten aus Eschweiler weiterhin zur Gesamtschule.

Da Sportvereine ein wichtiger Bestandteil im gesellschaftlichen Leben einer Stadt sind, haben wir auch hier einige Zeichen gesetzt, in dem wir den Kunstrasen bei Falke Bergrath aber auch die Sanierung des Sportplatzes „Am Buchenwald“ fördern.

Hier ist deutlich die Eigeninitiative der Vereine gefordert, deren Zusagen uns auch vorliegen.

Wichtig ist, dass die Vereine für das Jahr 2005 in den Bereichen der Sportjugendförderung, der Energiekostenbeteiligung und der Platz- und Heimpflege auf die bestehenden Richtlinien setzen können.

Dennoch werden wir in der zweiten Jahreshälfte in Verbindung mit sämtlichen Vereinen an die Überarbeitung der Richtlinien gehen mit der Zielsetzung, zum 01.01.2006 neue Richtlinien in Kraft zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im großen Bereich Bau, Planung, Umwelt, in dem in jedem Jahr Millionen Euro bewegt werden, ist man manchmal vor Überraschungen nicht sicher.

Zum einen explodierten die Kosten beim Talbahnhof – hier speziell bei der Überdachung -, zum anderen – wie wir es am Mittwoch im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss erfahren haben – bei der Auenlandschaft im Bereich Neustraße bis Bergrather Straße, wo die Kosten aufgrund der Überkragung der Inde an der Uferstraße her rühren sollen.

Hier muss die mangelnde Transparenz der Verwaltung kritisiert werden, da diese Informationen der Politik nicht vorlagen.

In Konsequenz bedeutet dieses natürlich, dass wir künftige Projekte sehr kritisch beobachten und begleiten werden, wie zum Beispiel sämtliche Projekte an, um und auf dem Blausteinsee sowie den kompletten Bereich der Innenstadt.

An dieser Stelle ist noch mal deutlich und klar festzustellen, dass die SPD-Fraktion zum Blausteinsee steht und die Entwicklung äußerst positiv begleiten wird, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Projekte (außer das Projekt Inselwelten) umsetzbar und finanzierbar sind.

Auf wage Zusagen einer achtzigprozentigen Landesförderung können und werden wir uns nicht verlassen, sondern hier muss mit konkreten Zahlen gearbeitet werden.

Die SPD-Fraktion wird auch weiterhin zur notwendigen Attraktivierung der Innenstadt stehen und wird Zug um Zug den Ausbau der Grabenstraße, Neustraße und Marienstraße nach vorne bringen.

Dazu wird auch dringend die Unterstützung der Bevölkerung, der Grundstückseigentümer, des Handels und Gewerbes und insbesondere hier die Unterstützung des Citymanagements gefordert.

An dieser Stelle fordere ich das Citymanagement auf, weniger Interessengemeinschaft des Einzelhandels zu sein, sondern sich mehr als Manager der City darzustellen.

Nicht aus Böswilligkeit haben wir den städt. Zuschuss für das Citymanagement um 50 Prozent auf 5.000 Euro gekürzt, sondern aus Gründen einer sparsamen Haushaltsführung.

Nicht zu verkennen ist die finanzielle Unterstützung des Citymanagement beim jährlich stattfindenden Weihnachtsmarkt bzw. auch bei den für Eschweiler notwendigen Stadtfesten.

Ich möchte einen Appell an das Citymanagement richten, in dem ich das Citymanagement auffordere, konstruktiv mit Rat und Verwaltung die Einkaufsstadt Eschweiler nach vorne zu entwickeln.

Meine Sehr verehrten Damen und Herren,

die kreisangehörigen Kommunen haben zurzeit eine schwierige finanzielle Situation zu bewältigen. Dieses ist auch dem Kreis bekannt. Ärgerlich ist es dann für mich feststellen zu müssen, dass im Kreishaushalt in diesem Jahr ein Überschuss von 4,5 Millionen Euro vorliegt, der aber im Rahmen des Doppelhaushaltes vom Landrat ins nächste Jahr als finanzielles Polster geschoben wurde.

Dies ist ein unmögliches Verhalten des Kreises. Hier hätte ich eine Kreisumlagenreduzierung erwartet. Wir, die Kommunen brauchen jeden Euro hier vor Ort.

Aber es war schon immer gut auf Kosten anderer zu leben.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

große Aufregung herrschte bei den Beschäftigten der Verwaltung nachdem bekannt wurde, dass die Koalition beabsichtigt, Reduzierungen bei den Personalausgaben vorzunehmen.

Bei zurzeit ca. 23,3 Millionen jährlichen Personalkosten haben wir gefordert, dass in diesem Bereich bis zum Ende des Haushaltssicherungskonzeptes im Jahre 2009 bis zu 2 Millionen Euro Personalkosten einzusparen sind.

Die Verwaltung muss im Rahmen dieses Beschlusses jede Wiederbesetzung eines Dienstpostens oder einen Arbeitsplatzes auf Herz und Nieren prüfen, sowie Überlegungen anstellen, durch organisatorische Maßnahmen Personaleinsparungen vornehmen zu können.

Dazu sind sämtliche Hilfsmittel wie zum Beispiel Altersteilzeit oder Verrentung/Pensionierung von Beschäftigten in Betracht zu ziehen.

Hilfreich ist in diesem Zusammenhang natürlich die Gründung der ARGE, die 24 Kräfte bindet, und dadurch zur Entlastung des Haushaltes beiträgt.

Im Gegensatz zur CDU-Fraktion ist unser Kernpunkt, dass die Einsparungen ohne betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen sind. Das bedeutet im Klartext, dass wir hiermit eine Arbeitsplatzgarantie für jede Kollegin und Kollegen ausgesprochen haben.

In der Stadt Eschweiler sollen auch weiterhin Ausbildungsplätze geschaffen werden, wobei auch Übernahmen in unbefristete Arbeitsverhältnis erfolgen sollen.

In diesem Zusammenhang ist es für mich und die SPD-Fraktion sehr schwer nachvollziehbar, wenn jetzt die CDU von betriebsbedingten Kündigungen gegebenenfalls bis zum 31.12.2005 spricht, auf der anderen Seite aber selbst mit Schreiben vom 11. April 2005 fordert, Personaleinstellungen in den Bereichen Sauberkeit, Ordnung, für Präsenz auf Schulhöfen, Sporthallen, Blausteinseeumgebung und Schulbegleitung vorzunehmen.

Weiterhin fordert sie zusätzliche Arbeitsverhältnisse zu den bestehenden 30.

Das, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht sehr schwer zu verstehen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Bereich Wirtschaftsförderung ist vom Bürgermeister seit seinem Amtsantritt als Chefsache deklariert worden, wobei er in den Jahren 1999 bis 2004 auf die Unterstützung der Großen Koalition setzen konnte und ab 2004 auf die Unterstützung der Koalition SPD / Bündnis90-DieGrünen setzen kann.

Wir wissen auch, dass es sehr schwer ist, Gewerbeansiedlungen en Masse umzusetzen. Das gilt nicht nur für Eschweiler sondern für sämtliche Kommunen hier in der Region.

Wir denken, dass wir durch die Autobahnen A4 und A44, und der übrigen Infrastruktur in Eschweiler, sei es der Blausteinsee, das Schulanangebot oder das Sport- und Kulturangebot eine Rahmenbedingung an so genannten weichen Standortfaktoren geschaffen haben, so dass wir ein gefragter Gewerbestandort sind!

Im Bereich der Haushaltseinnahmen haben wir uns neben den Grundsteuern A und B auch mit der Gewerbesteuer beschäftigen müssen.

Die Koalition hat von einer Erhöhung der Grundsteuer B abgesehen, weil wir davon ausgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt genug an Steuern bzw. durch Preissteigerungen, die vor allen auch durch Energiekostensteigerungen erfolgt sind, aufbringen müssen.

Zum anderen betrachten wir auch die Lohn- und Einkommens-entwicklung bei den Beschäftigten in allen Bereichen, die teilweise noch nicht einmal den Inflationsausgleich erreicht.

Deshalb sagen wir aus Überzeugung, dass wir diesen Bereich unangetastet lassen.

Im Bereich der Gewerbesteuer tragen wir schweren Herzens die Vorschläge des HSK mit. Dies bedeutet in diesem Jahr eine Gewerbesteuererhöhung um 15 Hebepunkte auf 430.

Gleichzeitig steht unsere Aussage, dass wir bei den Beratungen für das Jahr 2007, wo eine weitere Erhöhung um 10 Punkte vorgesehen ist, uns um Kompensationsmöglichkeiten bemühen werden, um diese zusätzliche Erhöhung zu vermeiden.

Dennoch muss erwähnt werden, dass die Gewerbesteuer für Gewerbetreibende steuerlich absetzbar ist, so dass unsere Erhöhung kaum ins Gewicht fällt.

Nachdenklich macht mich schon die Art und Weise, in der die Industrie- und Handelskammer zu Aachen versucht, auf die Politik sprich auf den Rat und die Verwaltung Einfluss zu nehmen, um in diesen Bereich Steuererhöhungen zu verhindern.

Hier wird sogar die anvisierte Erhöhung von 7 Hebepunkten von 415 auf 422, die für HSK-Gemeinden unabdingbar sind, in Frage gestellt, wobei man uns unterstellt, dass hier bewusst von falschen gesetzlichen Anordnungen ausgegangen wird.

An dieser Stelle möchte ich mich nicht auf das Niveau der Argumentationsschiene der IHK einlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

es ist der erste Haushalt der Koalition SPD/Bündnis 90-Die Grünen der auf den Weg gebracht wird. Sicherlich hätten wir uns einen anderen Start gewünscht als mit einem Haushaltssicherungskonzept die überaus positive Zusammenarbeit zu beginnen.

Aber es ist nun so wie es ist.

Ich denke, diese Haushaltssatzung wie auch das HSK tragen eine sozialdemokratische Handschrift, das daran auch zum Ausdruck kommt, dass es im Jugend, im sozialen oder auch kulturellen Bereich zu keinen Kürzungen gekommen ist.

Sicherlich wollen wir alle im Rat, dass dringend die Gemeindefinanzreform umgesetzt wird, damit die Kommunen endlich mehr Handlungsspielraum erhalten.

Hier an dieser Stelle verzichte ich aber darauf, näher auf das Zusammenspiel von Bundestag und Bundesrat einzugehen.

Wir haben, wie der Bürgermeister es letztens sagte, einen knapp an der Kante genähten Haushaltsentwurf bzw. ein Haushaltssicherungskonzept zu verabschieden. So wie wir die Entwürfe nun vorliegen haben, ist es ein auch von der Kommunalaufsicht genehmigungsfähiger Haushalt.

Mcine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich bei den anderen Vertretern hier im Stadtrat für die bisherige Zusammenarbeit– auch wenn sie in der Sache manchmal unterschiedlich war – bedanken.

Auch wenn ich selbst scheinbar nicht als der Sensibelste wirke, sollte ein Grundsatz für uns alle sein, dass das sachliche Argument überwiegen soll und es nicht zu verletzenden oder verachtenden Handlungen und Aussagen kommt.

Beim koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss war zu beobachten, dass einige Beschlüsse gemeinsam getragen wurden, einige Beschlüsse auch mit überwältigender Mehrheit. Aufgrund dieser Tatsache bitte ich Sie, meine Damen und Herren der Opposition, um Ihre Zustimmung und den Haushalt gemeinsam zu tragen.

Ihre Zustimmung würde ein deutliches Signal für den Standort Eschweiler bedeuten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie im Namen der SPD-Fraktion den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die bisherige Zusammenarbeit weiterzugeben.

Ich gehe auch für die Zukunft von einer guten Zusammenarbeit aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

wir können in Eschweiler für die Zukunft vieles möglich machen, wenn wir nur wollen. Diesen Willen vermissen wir seit Monaten, denn die hinter uns liegenden Wahlen haben dafür gesorgt, dass wichtige zukunftsweisende Themen sehr vorsichtig und hemmend behandelt wurden.

Die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt und die finanzielle Entwicklung dieser Kommune sind die Schwerpunkte, die im Mittelpunkt der Eschweiler Kommunalpolitik stehen sollten und müssten.

Haushaltsplanungen und Haushaltsberatungen finden stets in einer bestimmten Situation und Konstellation statt. In ihr verwirklichen sich politische Ziele und Akzente, in ihr spiegeln sich aber auch Vorgaben, Zwänge und Strukturen eigener und **vor allen Dingen übergeordneter Ebenen.**

Die kommunale Ordnung ist im Niedergang, weil immer neue Eingriffe, Verordnungen, Regulierungen und Aufgabenübertragungen zu schultern sind. In der Haushaltsfeststellung haben Bürgermeister und Kämmerer dies ebenfalls so gesehen und darauf aufmerksam gemacht.

Wir stellen fest, dass dieser Haushalt des Jahres 2005 viel zu spät beraten und beschlossen wird.

Wir bemerken, dass sich die Stadt Eschweiler aktuell in einer **vorläufigen Haushaltswirtschaft** befindet, ohne am heutigen Tage genau zu wissen, wo dieser Zug hinführt: was kommt auf uns zu, wo stehen wir am Ende dieses Jahres.

Wenn man schon weiß, dass der Eschweiler Etat an viele Stellen **auf Kante genäht ist**, dann muss die Frage erlaubt sein, ob ein solches bewusstes Wissen nicht irreführend ist, oder agiert man nach dem Motto „et es at emme jot je jange“

Die CDU hält es da mit der Klarheit und Wahrheit, die da lautet, wir müssen uns selbst helfen, wir müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen, wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass nicht alles mehr so machbar ist.

Man wird dies in unserer Stadt verstehen, die Menschen sind schon bereit, Einschränkungen hinzunehmen, aber sie wollen wissen, **warum und wie.**

Meine Damen und Herren,

die Kommunalwahl 2004 hat für klare und deutliche Ergebnisse gesorgt. Rot-Grün und der 72%-ige Bürgermeister tragen seit September die Verantwortung, sie werden an ihren Vorgehensweisen und Entscheidungen gemessen, sie haben diesen Haushalt und dieses Haushaltssicherungskonzept zu verantworten.

Für die CDU ist bei diesen eindeutigen Konstellationen klar, dass Mehrheiten zu akzeptieren sind, dass wir konstruktive Mitarbeit anbieten, dass wir aber auch Wahrheiten auf den Tisch bringen.

Wir haben in den letzten zehn Jahren die Kommunalpolitik mitzuverantworten und aus dieser Mitverantwortung stehen wir uns auch nicht. Von daher werden Sie, meine Damen und Herren, auch anerkennen müssen, dass wir wichtige Zukunftsentscheidungen seit September mitgetragen haben:

Konsolidierungspläne des Bistums Aachen!
Sicherstellung der Arbeit für den Kids-Klub!
Übertragung der RWE-Aktien auf das Städtische Wasserwerk!
Entscheidungen zur Auerbachstraße und vor allen Dingen zum Langwahn!

Das bisher einige Dinge, wie z.B. Plakatierung in der Innenstadt, Verlagerung der Kirmes in die Innenstadt nicht behandelt worden sind, stelle ich hier nur fest.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Zahlen-Marathon um Millionen am letzten Mittwoch hat gezeigt, wo die Unterschiede – hier - in diesem Hause liegen.

Unser Zielansatz – **wir geben nur das Geld aus, was wir auch haben** – ist in keiner Weise berücksichtigt worden.

Wir fragen uns allen Ernstes, wie denn ein solcher Haushalt mit einem Fehlbetrag von ca. 11,8 Millionen Euro und einem aus unserer Sicht nicht **genehmigungsfähigem H S K** dazu führen soll, unsere Stadt Eschweiler in den kommenden vier Jahren in das richtige Fahrwasser zu bekommen.

Für die CDU darf ich nochmals unsere Zielvorstellungen formulieren:

Wir haben, meine Damen und Herren, alle Einzelpläne auf den Prüfstand gestellt und wir sind der Meinung, dass die Einzelpläne – ohne Personalkosten – um 10% reduziert werden müssen.

Wir stehen zu dieser Forderung, und wir sind uns auch über die jeweiligen Konsequenzen im klaren.

Ausgeschlossen hiervon, und dies betone ich ausdrücklich, sind die Einzelpläne Schule und soziale Sicherung.

In diesem Zusammenhang verweise ich darauf, dass die CDU im Schulbereich einen Zuschuss für die Liebfrauenschule von 25.000,00 Euro gefordert hat, der heute noch zur Abstimmung kommt.

Unsere weiteren deutlichen Einsparvorschläge
**Reduzierung des Bauunterhaltungsprogramms um 400.000,00 Euro;
Ausgabenreduzierung der Zinsen um 500.000,00 Euro bei aufschiebbaren
Maßnahmen und die
Ausgabenreduzierung beim ÖPNV um 250.000,00 Euro**
wurden von der Mehrheit abgelehnt.

Den heute ebenfalls anstehenden Vorschlag Euro 10.000,00 für Wirtschaftsförderung bereitzustellen, werden wir nachher konkretisieren.

Eine Anhebung der Gewerbesteuer ist mit der CDU nicht machbar.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Koalition, gerade in der heutigen schwierigen Zeit, passt eine solche Erhöhung überhaupt nicht in die Landschaft und bringt den Standort Eschweiler in **negative Schlagzeilen.**
Mit dieser Entscheidung, Herrn Bürgermeister, redet man Eschweiler kaputt.

Sie und Rot-Grün ignorieren alle Bedenken und ziehen die Gewerbesteuer-Erhöhung durch, mit dem zusätzlichen weiteren negativem Signal, im Rahmen des HSK weitere gravierende Belastungen den Gewerbetreibenden in dieser unserer Stadt Eschweiler aufzubürden.

Höhere Abgaben machen Arbeit teuer und man bestraft die, die Arbeit zur Verfügung stellen.

Auch im Vermögenshaushalt sind aus unserer Sicht ca. 1,8 Mill. Euro einzusparen, gerade vor dem Hintergrund, dass viele Umsetzungen aufgrund der verspäteten Beschlussfassung einfach in diesem Jahr nicht mehr machbar sind.

Dies hat mit Klarheit und vernünftigen und realistischen Zielvorstellungen nichts mehr zu tun.

Der „versprochene“, 2. Bauabschnitt der L 238 n kann wegen Geldmangels nicht so umgesetzt werden. Die verschaukelten Bürgerinnen und Bürger von Pumpe werden dies nicht „genießen“.

Das Vorziehen des Kreuzungsbereiches – was gerade von den Grünen genau so dringlich gesehen wurde – fand hier keine rot-grüne Mehrheit.

Das **Auenkonzept** ist schon eine Randbemerkung wert, denn eine falsche Berichterstattung, falsches Lesen des Haushaltes und die gemeinsamen Vergangenheitsgespräche – in dieser Frage – jetzt nicht mehr zu kennen, lässt tief blicken.

Die öffentliche Bürgermeisterentschuldigung ist absolut **fehl am Platze**.

Wer mit seiner Mehrheitsfraktion stundenlang – unter Einbeziehung der halben Verwaltung – detaillierte Haushaltsberatungen durchführt, muss die Zahlen mit den jeweiligen Hintergründe kennen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bei den Beratungen ist sehr deutlich zu Tage getreten, dass alle Fraktionen in diesem Hause **die Personalkosten** auf den Prüfstand stellen und wir haben Verständnis dafür, dass Sie sich emotionsvoll gegen diese Prüfungen stellen.

Wir teilen Ihre klare Aussage, dass bei Personaleinsparungen alle Leistungsangebote der Stadt zur Disposition stehen müssen.

Wir teilen nicht Ihre Auffassung, dass die Verwaltung in den letzten Jahren in dieser Frage sehr aktiv war – da helfen auch keine gezeigten zwei Ordner – denn es geht um klare andere Vorstellungen.

Wir haben eine Reduzierung um 2,3 Mill. Euro gefordert, die Koalition hat eine Reduzierung um 500.000,00 Euro auf den Tisch gelegt, auch die FDP hat eine 1%ige Kürzung verlangt.

Von daher ist angezeigt, dass die Politik in diesem Hause mit diesen hohen Personalkosten nicht mehr einverstanden ist.

Wir reden über Menschen, wir reden über Leistungsangebote.

Wir müssen aber auch reden über Strukturen, über Angebote, Organisationen und vor allen Dingen über innere Qualitäten.

Wenn man in dieser Frage einen sehr langen Weg vor sich hat, beginnt man immer mit dem ersten Schritt.

Dass die CDU-Forderung nicht zu Beifallsstürmen geführt haben, ist uns klar und Beifall war und ist auch nicht zu erwarten.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass nach der vielfältigen Meinungsbildung über den Abbau der Personalkosten, ein erster Schritt getan werden muss.

Von daher schlagen wir vor, dass dieser Weg gemeinsam beschritten wird.

Ich rege für die CDU-Fraktion an, dass eine Kommission aus Verwaltung und allen Fraktionen ins Leben berufen wird, mit dem Ziel, gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen.

Diese Kommission sollte bis Oktober Lösungen und Vorschläge unterbreiten, um dann zu Entscheidungen zu kommen.

Wir sind zu dieser Mitarbeit bereit und denken, dass dies der richtige Wege in die richtige Richtung ist.

Das ebenfalls heute zu verabschiedende Haushaltssicherungskonzept der Jahre 2005 bis 2009 ist mit einer sehr heißen Nadel gestrickt worden. Nach unserer Einschätzung ist dieses HSK nicht genehmigungsfähig und bringt uns so nicht weiter.

Dass die Konsolidierungsmaßnahme „ Erhöhung der Gewerbesteuer „ von uns nicht mitgetragen wird, habe ich bereits erläutert.

Bei der Neustrukturierung der Aufgabenbereiche „ Tageseinrichtungen für Kinder sowie Personalsituation im Bereich der Ganztageschule „ stehen die Lösungsansätze zwar auf dem Papier – sie erheben jedoch keine klare Aussage zur Durchführung.

Das Wertpapierdarlehen, als kleinster Anteil der Konsolidierungsmaßnahmen, seitens der Stadt gegenüber der Strukturförderungsgesellschaft ist sicherlich vernünftig und könnte kurzfristig umgesetzt werden.

Die Rückführung der Geschäftsanteile der WBE, die sich derzeit im Besitz der Firma Schönackers befinden, ist völlig unklar und ist rechnerisch eine aus unserer Sicht falsche Einschätzung. Ich verweise hier auf die Aufsichtsratssitzung vom 2. Mai – hier ist zu diesem Vorgang seitens der Firma Schönackers kein Wort gesagt worden.

Nach unseren Erkenntnissen ist zwischenzeitlich durchgesickert, dass eine kpl. Rückführung der Geschäftsanteile von der Firma Schönackers nicht in Frage kommt. Wenn dies stimmt, dann gehen wir hier am 18. Mai 2005 von falschen Fakten aus und es ist schon von großem Interesse, wie der aktuelle Stand denn wirklich ist.

Sollte eine Rückführung der Geschäftsanteile durchgezogen werden, ist aus unserer Sicht eine Entschädigungsleistung von ca. 11,5 Mill. Euro durch den privaten Partner zu entrichten und das Gesellschafterdarlehen von 2,9 Mill. Euro sollte nicht zurückgezahlt werden.

Sie sehen meine Damen und Herren, wie unausgegoren die ganze Sache ist und es kann doch nicht angehen, dass ein HSK zur Abstimmung vorgelegt wird, wo die größten Konsolidierungsmaßnahmen völlig unklar sind!

Die CDU-Fraktion wird diesem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept keine Zustimmung geben – hier müssten erst einmal die Hausaufgaben gemacht werden.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, und Sie Herr Bürgermeister, werden es zu verantworten haben, wenn die Stadt in einem Nothaushalt landet, mit all seinen negativen Auswirkungen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Tatbestand eingehen, der uns sehr nachdenklich stimmt.

Ich spreche hier die Stimmung innerhalb der Verwaltung an, denn man kann feststellen, dass hier in diesem Hause „ Kälte und Frustration „ eingezogen sind.

Unsere Einschätzung hat nichts mit der Diskussion um Senkung der Personalkosten zu tun.

Viel mehr haben wir den Eindruck, dass die Führung in diesem Hause etwas überfordert ist und Qualitätsmerkmale für eine Dienstleistung Stadt Eschweiler langsam, aber sicher, auf der Strecke bleiben.

Personalumbesetzungen sind **Chefsache** – wenn sie jedoch bewusstes **strategisches Plazieren** vermuten lassen, dann ist dies nicht dienlich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion in diesem Hause wird dem Haushalt 2005 und dem HSK keine Zustimmung geben, wir sind derzeit nicht bereit, das nicht fundierte Zahlenwerk mit zu tragen.

Die Mehrheit Rot-Grün geht nicht den Weg, für die Zukunft Eschweilers, vieles möglich zu machen – vielmehr nimmt man das Risiko auf sich, mit einem sehr wackligem HSK die nächsten Jahre zu überleben.

Dies ist nicht unser Weg – gemeinsam wäre sicherlich **vieles** machbar gewesen.

Eschweiler, den 18. Mai 2005
Franz Josef Dittrich
CDU-Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede der UWG am 15. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

erst heute – kurz vor Beginn des 2. Halbjahres – soll der uns vorliegende Haushaltsentwurf zusammen mit einem Haushaltssicherungskonzept vom Rat der Stadt Eschweiler verabschiedet werden.

Bei den Vorberatungen im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss haben sich zwei unterschiedliche Beurteilungen über die beabsichtigte zukünftige Haushaltsgestaltung herauskristallisiert:

Die SPD-geführte Koalition ist mit der Verwaltung der Meinung, der vorgelegte Konzept-Mix aus Haushalt und Haushaltssicherung werde ausreichen, die maroden städtischen Finanzen einer langsamen Besserung zuzuführen.

Gleichzeitig wird das Gespenst eines Nothaushaltes aufgezeigt, der für den Fall des Scheiterns der Bemühungen mit dem Horrorszenario Stillstand jeglicher städtischer Investitionen und Verlust der kommunalen Selbstbestimmung in Verbindung gebracht wird.

Die CDU - von 1999 bis 2004 Partner in der großen Koalition - will dagegen mit einer radikalen Streichorgie im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ein Haushaltssicherungskonzept gänzlich vermeiden.

Beide Gedankenansätze sind fehlerhaft und werden spätestens bei den Aufsichtsbehörden scheitern.

In einem Punkte allerdings liegen UWG und CDU in der Beurteilung auf gleicher Linie:

Der Investitionshaushalt lässt sich selbst unter günstigsten Bedingungen im vorgesehenen Umfang nicht umsetzen.

Die UWG fragt sich, ob überhaupt Abstimmungen zwischen Verwaltung und der politischen Mehrheit in diesem Hause stattgefunden haben, welche sich angesichts der Finanzsituation auf das Machbare und Notwendige zu beschränken hätten.

Was die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes angeht, muss die CDU zur Kenntnis nehmen, dass die negativen Haushaltsabschlüsse der beiden letzten Jahre zwingend die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zur Folge haben.

Diese unumgängliche Situation liegt also eindeutig in der Finanzpolitik der SPD-CDU-Koalition begründet.

Der Gesetzgeber zwingt auf diese Weise die Stadt Eschweiler, Maßnahmen einzuleiten, mit denen spätestens nach vier Jahren die Ausgaben mit den laufenden Einnahmen abgedeckt werden können.

Das ist der so genannte strukturelle Ausgleich.

So wird mit der leider weit verbreiteten irrigen Meinung aufgeräumt, man könne auf Dauer – wie in Eschweiler in den letzten fünf Jahren geschehen – durch Vermögensverkäufe und Ausgliederungen seinen Haushalt ausgleichen und damit aufsichtsbehördliche Maßnahmen vermeiden.

In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die große Koalition – ich zitiere die Angaben der Verwaltung – Jahr für Jahr ein strukturelles Defizit von jeweils ca. 10 Mio. € produziert.

Ohne Mühe lässt sich dieser Vermögensverlust auf die unglaubliche Summe von 50 Mio. € addieren!

Das, meine Damen und Herren, bedeutet nicht weniger als: Die Stadt Eschweiler und ihre Bürger sind täglich um etwa 27.500 € ärmer geworden. Täglich!!

Das finanzielle Elend ist heute schlimmer denn je:

- Unterhaltsstau bei den städtischen Gebäuden in Höhe von ca. 15 Mio. €,
- Unterhaltsstau bei den städtischen Straßen in Höhe von ca. 20 Mio. €
- Unterhaltsstau im Bereich der Kanäle in Höhe von ca. 25 Mio. €

Dies sind nur die wichtigsten Positionen, gestützt auf Feststellungen der Verwaltung.

Wie wollen Sie unter diesen Umständen die dringend notwendige Sanierung der Innenstadt finanziell absichern.

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie ausgerechnet dem City-Management-Verein durch Halbierung des städtischen Zuschusses auf 5000 € auf Dauer die Grundlage entziehen, seine dringend notwendige Mitwirkung bei der Umgestaltung der Innenstadt erfolgreich einzubringen.

Wie bei der Gewerbesteuer strafen Sie genau die ab, von denen Sie Leistung und Engagement verlangen.

Als weitere Belastungen des städtischen Haushaltes müssen das stete Ansteigen der benötigten Kassenkredite genannt werden. Bis 1999 wurden weitgehend Überschüsse zinsgünstig angelegt!

Für die Jahre 2005 bis 2009 hat die Kämmerei einen durchschnittlichen Kassenkreditbedarf von 16 Mio. € angemeldet.

In der letzten Legislaturperiode wurde~~n~~ außerdem die komplette Rücklage - einschließlich der gesetzlichen Mindestrücklage – in Höhe von ca. 4 Mio. € zur Teilabdeckung von Haushaltslöchern eingesetzt.

Das gleiche Schicksal in der Größenordnung von ca. 8 Mio. € wird nach dem Willen der nunmehrigen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-Koalition die Rücklagen aus dem Bäderbereich ereilen.

Nicht vergessen möchte die UWG an dieser Stelle die in den letzten Jahren im Bereich des Rettungswesens erwirtschafteten Überschüsse. Sie wurden unzulässigerweise zur Rettung des städtischen Haushaltes eingesetzt, statt sie über eine Gebührenrücklage den Krankenkassen-Beitragszahlern wieder zukommen zu lassen!

Der UWG ist dieses Fehlverhalten umso unverständlicher, als wir bereits in der letzten Haushaltsrede auf diesen Fakt hingewiesen haben!

Sie werden sich darauf einstellen müssen, dass dies aufsichtsseitig mit der Auflage der Korrektur beanstandet wird.

Nicht unerwähnt lassen kann ich, dass die UWG seit nahezu einem Jahr auf die erbetene Zusammenstel-

lung der gesamten städtischen Verbindlichkeiten inklusive Nebenbetriebe wartet.

Sie, Herr Bürgermeister, waren am 30. März Zeuge eines diesbezüglichen von uns erneut vorgetragenen Antrags.

Interne Hochrechnungen der UWG hatten ein Ergebnis von ca. 160 Mio.€ - ohne Bürgschaften! Das allerdings wäre Negativ-Rekord für Eschweiler!

Lassen Sie mich nun in aller Kürze über den uns vorgelegten Haushaltsentwurf einige Anmerkungen machen:

Die Spielräume für Beschlüsse, die über das gesetzlich Notwendige hinausgehen, sind praktisch nicht vorhanden.

Die UWG hat bei den Beratungen der letzten Woche deshalb die Schwerpunkte ihrer Zustimmung für die Bereiche Schule, Jugend, Soziales und Sport zum Ausdruck gebracht.

So freuen wir uns mit den Sportlern, dass nicht zuletzt auf unsere Initiative hin die schwermetallbelasteten Tennensportplätze in Bergrath und Pumpe kurzfristig saniert werden sollen.

Die Dringlichkeit war offensichtlich größer als man die Öffentlichkeit bisher hat wissen lassen.

Noch mehr hätten wir uns gefreut, wenn sowohl SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen die von uns mitgetragene Erhöhung der Schul-Pauschalen für Verbrauchsmittel in Höhe von 50.000 € genehmigt hätten.

Mit dem vergleichsweise kleinen Betrag hätten wir gemeinsam an den Schulen ein Zeichen setzen und viel Gutes bewirken können.

Um die kurz- und mittelfristig durchzuführenden erheblichen Investitionen im Bereich der Schulen schultern zu können, werden Umschichtungen im Haushalt unausweichlich sein.

Entsprechend geeignete Vorschläge werden von der UWG mit getragen.

Wenn schon diese Gesellschaft den kommenden Generationen einen großen Schuldenberg hinterlassen wird, so sollten für uns die Investitionen in die Zukunft der Kinder und Kindeskinde absoluten Vorrang haben!

Heute – im Jahre 2005 - kommen wir um die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht herum.

Ehe ich aber nun das von der Verwaltung vorgelegte Konzept einer genaueren Bewertung unterziehe, muss ich die Verwaltung auf zwei nicht ganz unbedeutende Fehler aufmerksam machen:

Auf Seite 70 des Haushaltsentwurfes wird die Höhe der Kassenkredite am 01. Jan. 2004 mit 12,8 Mio. € angegeben und auch so ins Schaubild übernommen.

Dieser Betrag ist um 2,4 Mio. € von der Kämmerei zu niedrig angegeben. Die Kämmerei wird gebeten, dies zu korrigieren.

Nur wer darüber hinaus die Zahlen ab September kennt, wird Verständnis dafür aufbringen können, weshalb im Schaubild das Jahr 2004 für den Kämmerer bereits mit dem 1. September endet!

Noch gravierender ist der zu berichtigende Betrag auf Seite 27 des HSK-Entwurfes.

Hier ist bei der Darstellung der wahrscheinlichen Entwicklung der Verschuldung in den Jahren von 2001 – 2008 ein Betrag in Höhe - von sage und schreibe - 38.072 Mio. € in der Addition „vergessen“ worden.

Da lässt sich trefflich mit gesunkener Pro-Kopf-Verschuldung Wahlkampf betreiben!

Beide von mir genannten Positionen erhöhen die Pro-Kopf-Verschuldung um nahezu 1000 € !!

Dass dies bis heute offensichtlich niemandem von Ihnen aufgefallen ist, macht unsere Skepsis bei der Beurteilungen Ihrer Kompetenz im Hinblick auf Finanzen und Haushalt verständlich.

Schließlich werden Sie auch die Schuldenaufstellung korrigieren müssen. Im Jahre 2004 sind Leasingraten ebenso nicht aufgeführt wie die Restkaufpreise.

Nur der guten Ordnung halber möchte ich erwähnen, dass die hier im Hause übliche Zuordnung von Instandhaltungskosten zum Vermögenshaushalt z. Zt. vom Innenministerium überprüft wird.

Die UWG hatte im letzten Jahr eine Klärung von höchster Instanz angekündigt. Eine kreditfinanzierte Abwicklung dieser Maßnahmen kann im Interesse der nachfolgenden Generationen nicht geduldet werden.

Lassen Sie mich auch auf die erhebliche Diskrepanz zwischen dem Eigenlob einer vorbildlichen

Wirtschaftsförderung und der Tatsache einer Arbeitslosenquote von über 17% hinweisen.

Wenden wir uns jetzt dem Haushaltssicherungskonzept bzw. dem Entwurf zu, ohne dessen Genehmigung alle Haushaltsberatungen Makulatur ist.

Das Konzept ist nach Einschätzung der UWG nicht genehmigungsfähig.

Im Einzelnen:

Die Einnahmeerhöhung soll u. a. aus Gewerbesteuer mittels einer Anhebung des Hebesatzes von 415 % über 430 % auf schließlich 445 % erzielt werden.

Auch bei den Schlüsselzuweisungen werden kräftige Erhöhungen fest eingeplant.

Die Hinweise des Kämmerers, dass die Zahlen sich auf vorliegende Schätzungen der Landesregierung vom November 2004 stützen, hätten Ende 2004 und sogar noch im 1. Quartal 2005 Gültigkeit besessen.

Inzwischen liegen die bekanntlich wesentlich nach unten korrigierten Zahlen der Steuerschätzung im Mai 2005 vor, an denen die Kommunalaufsicht das Zahlenmaterial messen wird.

Pech für die Kommunen, die ihren Haushaltsentwurf so spät vorlegen! Pech für Eschweiler!

Darüber hinaus ist die UWG-Fraktion sicher, dass die von der Koalition SPD-Bündnis 90/Die Grünen in der Vorwoche beschlossene Erhöhung der

Gewerbesteuer-Hebesätze generell kontraproduktiv ist.

Wir alle wissen, dass auf Bundesebene über eine Senkung der Steuer diskutiert wird, um positive Anreize für Wirtschaftswachstum und Investitionsbereitschaft zu schaffen.

Hier wäre ein Vergleich mit den südlichen Bundesländern hilfreicher als mit den Nachbargemeinden.

Die UWG kann nicht nachvollziehen, dass die Betriebe, von denen man die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erwartet, für die Fehler der Politik zur Kasse gebeten werden.

Zumal eine Erhöhung der Gewerbesteuer der Stadt Eschweiler nur zu höchstens 30% zugute kommt, während ca. 70% über den Finanzausgleich abgeschöpft werden.

Bei der bereits erwähnten Arbeitslosenquote von über 17% belasten Sie, meine Damen und Herren der Koalition, den Standort Eschweiler unnötig, auch wenn sie glauben machen wollen, diese Zusatzbelastung könne von den betroffenen Unternehmen quasi aus der Portokasse bezahlt werden. – Die Statistik über Firmeninsolvenzen weist in erschreckend hoher Zahl alle Unternehmen aus, die bereits über keine Portokasse mehr verfügen.

Der ausgelöste psychologische Effekt darf nicht unterschätzt werden.

Außerdem hat die UWG bereits im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass es der kommunalen Aufsicht keineswegs möglich ist,

einer Kommune bei der Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes die Hebesätze vorzuschreiben.

Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 1993 festgestellt, dass Grund- und Gewerbesteuer generell nicht Gegenstand von Anordnungen der Kommunalaufsicht nach § 120 der Gemeindeordnung NRW sein können.

Erst im Vorjahr hat die Stadt Mettmann einen diesbezüglichen Rechtsstreit gegen den Regierungspräsidenten gewonnen.

Zutreffend hat auch die Industrie- und Handelskammer in ihrem Schreiben vom 09. Juni 2005 nochmals darauf hingewiesen, dass keine rechtliche Notwendigkeit besteht, darauf abzielende Weisungen zu befolgen.

Als weiterer Punkt des Konzeptes werden Änderungen und Neustrukturierungen im Aufgabenbereich der Tageseinrichtungen für Kinder vorgeschlagen.

Die Umsetzbarkeit dieser Vorstellungen, welche auch die Personalsituation im Bereich der Ganztagschulen einschließen, werden von der Verwaltung selbst auf einen Zeitraum bis zu 10 Monaten terminiert, so dass erhoffte Haushaltsverbesserungen frühestens im Laufe des nächsten Jahres eintreten könnten.

Mit keiner Zahl wird allerdings der mögliche Fehlbetrag, der mit einiger Sicherheit Millionenhöhe erreichen wird, im HSK erwähnt, obwohl er über den städtischen Haushalt abgedeckt werden muss.

Das Wertpapierdarlehen seitens der Stadt gegenüber der Strukturfördergesellschaft stellt ebenfalls einen Schritt dar, dessen Auswirkungen finanziell z. Zt. nicht konkretisiert werden können.

Selbst wenn es zu der von der Verwaltung erhofften Ersparnis von jährlich ca. 70.000 € kommen sollte, dürfte jedem in diesem Hause klar sein, dass wir damit den städtischen Finanzausgleich nicht darstellen können.

Den größten Batzen an Sanierung erwartet man aus der vertraglichen Auflösung des erst vor wenigen Jahren mit viel Vorschusslorbeeren gestarteten Betriebes WBE, der aus einer Kooperation von Stadt Eschweiler und der Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG entstanden ist.

Selbst wenn man unterstellt, dass die Firma Schönackers nicht bereit sein wird, über die Restvertragszeit von 16 Jahren ähnliche Millionenverluste abzudecken, wie sie bis 2004 mit insgesamt ca. 5 Mio. € angefallen sind, so liegt derzeit kein konkretes Zahlenangebot von dieser Seite vor.

Die Vorstellungen des Kämmerers im HSK-Entwurf und die Zahl, die Sie, Herr Gehlen, in der Tagespresse verlauten ließen, differieren um viele Millionen! Es ist realistisch, dass beide Zahlen zu hoch angesetzt sind.

Außerdem fehlt bei diesem geplanten „Salto rückwärts“ jeglicher Ansatz im HSK-Entwurf über den nach der Auflösung seitens der Stadt Eschweiler jährlich alleine abzudeckenden Verlust!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

wenn man sich mit dem Haushaltssicherungskonzept kritisch auseinander gesetzt hätte, wäre schnell deutlich geworden, dass es in der vorliegenden Form keine Aussicht auf Genehmigung durch die Kommunalaufsicht haben wird.

Damit wird aber auch der heute zur Verabschiedung anstehende Haushalt **n i c h t** genehmigungsfähig.

Auf einen wesentlichen Aspekt möchte ich allerdings noch eingehen:

Die Beratungen zum Haushalt 2005 haben die Bilanz der großen Koalition offen gelegt.

Sie - meine Damen und Herren von SPD und CDU bzw. Ihre damaligen Mandatsträger - haben es fünf lange Jahre versäumt, die Chancen zu nutzen, mit deutlicher Mehrheit Haushaltssanierung zu betreiben.

Die im Vorspann zum Haushaltssicherungskonzept dargestellten Gründe für die schlechte Finanzsituation sind deshalb auch nicht Eschweiler-spezifisch. Trotz der gewachsenen Belastungen sind auch heute noch viele vergleichbare Gemeinden in einer besseren Position.

Beispiele noch schlechter aufgestellter Kommunen können weder über unsere Lage hinwegtäuschen noch Maßstab einer Beurteilung sein.

Ich habe eingangs meiner Ausführungen darauf hingewiesen, dass aufgrund des lange anhaltenden strukturellen Defizits und des aus Sicht der UWG nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes ein Abrutschen in einen Nothaushalt wohl nicht vermeidbar ist.

Faktisch haben wir bereits seit Anfang dieses Jahres durch die mit der Übergangswirtschaft verbundenen Auflagen ähnliche Verhältnisse, weil noch laufende Maßnahmen zwar abgeschlossen, aber keine neuen mehr ohne genehmigten Haushalt begonnen werden dürfen.

Ein Nothaushalt würde die politisch Verantwortlichen zwingen, eine Politik der neuen Ehrlichkeit zu praktizieren.

Die dann mit der Kommunalaufsicht auszuhandelnden Ausgabenkorridore würden endlich jedem Bürger dieser Stadt aufzeigen, was im jeweiligen Haushaltsjahr tatsächlich möglich ist und welche Versprechungen unerfüllt bleiben müssen.

Damit wäre die Zeit der Visionen und zeitlich nicht einzuhaltender Zusagen vorbei.

Wo wir gerade bei Zusagen sind:

Anfang des Jahres wurde aufgrund einer Anfrage der UWG seitens der Verwaltung in Aussicht gestellt, dass bis Ostern wieder alle städtischen Brunnen in Betrieb seien. Diesem wohl ernsthaften Bemühen, das stellenweise erfolgreich war, hat sich bis heute ausgerechnet der „Trocken-Brunnen“, vor dem Rathaus erfolgreich widersetzt.

Ist es nun symptomatisch für die Situation in unserer Stadt, die gerne mit dem Slogan wirbt „Eschweiler immer in Bewegung“, dass in jüngster Zeit der Brunnen einen Verbündeten gefunden hat?

Die Standuhr - direkt neben dem Brunnen - macht ihrem Namen alle Ehre: Sie steht!

Die UWG wünscht allen Bürgern in Eschweiler
dennoch im durchaus positiven Sinne eine bewegte
Zukunft.

Wir werden jedes Konzept unterstützen, dass in diese
Richtung weist,

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Erich Spies
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2005 Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Stand 13.06.05

Freigabe: 16.06.05 16:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Besucher und sehr geehrte Pressevertreter und, nicht zu vergessen, sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr Knollmann hat einen nicht ausgeglichenen Haushalt und deshalb ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Damit stehen wir im Kreis Aachen weder schlecht da, noch alleine. Der Methode einiger anderer Kommunen, den Versuch einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung aufzugeben, wollen wir nicht folgen. Das erschiene uns unseriös.

In diesem vorgegebenen Rahmen wurden Änderungsanträge von der Koalition erarbeitet.

Die Grünen sind in diesem Jahr in einer für sie ungewohnten Situation: Sie sind mit in der Mehrheit. Für uns hat das zwei Folgen:

1. Die Diskussion über unsere Wünsche zum Haushalt fand schon vor den Beratungen in Gesprächen mit dem Koalitionspartner statt und
2. bestand die Möglichkeit, dass unsere Wünsche tatsächlich übernommen wurden.

Es bestand zwischen der SPD-Fraktion und uns in vielen Punkten von vorne herein Konsens, bei den anderen Punkten konnte dieser Konsens nach mehr oder weniger intensiver Diskussion erreicht werden. Ich glaube, dass wir als „Juniorpartner“ mit dem Ergebnis zufrieden sein können.

Es sieht für uns so aus, als ob das in der großen Koalition etwas zugeschüttete Gute in der SPD von den Grünen wieder ans Tageslicht gefördert wurde.

Eine Stadt besteht aus den Menschen und deren Beziehungen. Aufgabe der Politik muss es sein, deren Zusammenhalt zu stärken. Die Solidarität muss gestärkt werden. Die Schwachen müssen besonders geschützt werden.

Menschen, die aus von ihnen nicht zu verantwortenden Gründen keine Arbeit mehr finden, brauchen ebenfalls unsere tätige Solidarität. Ihnen muss nicht nur geholfen werden, sie sind auch vor unqualifizierten Vorwürfen in Schutz zu nehmen.

Für alle Kommunen ist es wichtig, die wenigen freien Mittel dafür zielgerichtet einzusetzen.

Es ist m.E. auch zu befürchten, dass es immer weniger ausreichend bezahlte einfache Arbeitsplätze geben wird. Hier ist die Gemeinschaft zunehmend gefragt.

Ich werde jetzt auf einige Punkte eingehen, die aus unserer Sicht besonders hervorgehoben gehören.

Es werden 10 000 € für eine Honorarkraft im Städtischen Jugend- und Freizeithaus Oase zur Verfügung gestellt. Damit kann der Wegfall des Praktikanten im Anerkennungsjahr aufgefangen werden.

Es wird keine Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich geben.

Die freien Träger der Jugendhilfe werden weiterhin unterstützt, die in diesem Jahr fehlenden Landesmittel von 12 900 € werden ausgeglichen.

Das Pastor-Zehren-Haus in Eschweiler Röthgen wird mit zusätzlichen 15 000 € unterstützt.

Die Bus- und Zugfahrer werden am Talbahnhof nicht im Regen stehen gelassen, der Platz erhält ein funktionales und ästhetisch ansprechendes Dach, auch wenn die Ansprüche reduziert wurden.

Darüber hinaus gibt es noch einige für uns wesentliche Punkte, die nicht direkt haushaltsrelevant sind. Es gibt eben auch eine Politik außerhalb der Haushaltsberatungen.

Es wird auf Antrag der Koalition ein Jugendparlament eingerichtet. Die Teilhabe von Jugendlichen an politischen Entscheidungen soll durch zwei Möglichkeiten realisiert werden: Durch ein Jugendforum in direkter Form und durch ein Jugendparlament in indirekter Form durch gewählte Vertreter. Initiiert und begleitet werden sollen das einmal jährlich stattfindende Jugendforum und das später sich bildende Jugendparlament von einem Vertreter der Stadtverwaltung.

Im JHA wurde beschlossen, dass die Verwaltung den Antrag als Grundlage für ihre weitere Planung nimmt und diese in der nächsten Sitzung des JHA vorstellen wird. Ziel ist es, Jugendlichen zu zeigen, dass ihre Interessen ernst genommen werden und sich Einmischen lohnt. Wir hoffen, dass damit die Staats- und Politikverdrossenheit weniger wird und die Chancen der Rechten bei den Jugendlichen sinken.

Bei vielen Bebauungsplänen muss ein Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durchgeführt werden. Wir werden mit Argusaugen auf Realisierung dieser Maßnahmen achten.

Eschweiler hat in den letzten Jahren sehr viel Fläche für Wohnbebauung ausgewiesen. Nun ist es an der Zeit, die weitere Zersiedelung der Landschaft zu stoppen und die vorhandenen Flächen einschließlich Baulücken zu nutzen.

Bei diesen beiden Punkten gilt es, die Nachhaltigkeit zu stärken, das heißt nicht nur auf kurzfristigen Profit zu achten. Auch unsere Kinder und Kindeskiner wollen in einer intakten Umwelt leben.

Im Haushaltssicherungskonzept wird die Gründung einer Gesellschaft beschlossen, in die die Tageseinrichtungen für Kinder überführt werden sollen. Wir sehen durchaus die Vorteile, die sich aus der Steuerersparnis und der Nutzung von Synergieeffekte ergeben. Wir werden diese Gründung aufmerksam begleiten. Es darf nicht sein, dass die Auslagerung von immer mehr Funktionen einer Kommune zu einer Aushöhlung der demokratischen Kontrolle führt. Insbesondere gilt es auch die Rechte der jeweiligen Opposition zu wahren.

Noch einige Bemerkungen zum Haushaltssicherungskonzept:

Zur Gewerbesteuer: Da sie steuerlich absetzbar ist, spielt sie eigentlich für Gewerbetreibende, so sie überhaupt zahlen müssen, kaum eine Rolle. Eine Erhöhung lenkt letztlich nur Steuer in die Kommune um.

Um eine genehmigungsfähiges HSK zu haben, muss die Erhöhung der Gewerbesteuer eingearbeitet werden. Im nächsten Jahr soll eine weitere Erhöhung durch andere Maßnahmen verhindert werden. Für die Gewerbetreibende entsteht so für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Eine Erhöhung der Grundsteuer B, d.h. der Steuer, die jeder Hausbesitzer zahlen muss und jeder Mieter über die Miete zahlt, wird von uns abgelehnt.

Eine Bemerkung zum Sparen um jeden Preis: Jeder Euro, der nicht ausgegeben wird, fehlt der Wirtschaft als Einnahme. Auch die Nachfrage ist wichtig. Gerade auch die Bauwirtschaft braucht zur Sicherung der Arbeitsplätze dringend öffentliche Aufträge.

Zu Personalkosten in der Verwaltung: Die Koalition will 2 Mio € bis 2009 einsparen. Dabei wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Solche aus Sicht des Steuer- und Gebührenzahlers wichtige Maßnahmen müssen angegangen werden, dabei ist die Rasenmähermethode sicherlich nicht zielführend, die Verwaltung muss schließlich noch funktionieren. Es darf auch nicht vergessen werden, dass in dieser Verwaltung Menschen mit Ängsten und Befürchtungen um ihren Arbeitsplatz arbeiten. Auch das muss berücksichtigt werden.

Die Vorschläge der CDU sind meines Erachtens nicht besonders konstruktiv. Wie 2,5 Mio € Personalkosten innerhalb eines halben Jahre zu sparen sein sollen, erschließt sich mir nicht.

Zum Citymanagementverein: Der Haushaltsansatz wurde von der Koalition auf 5 000 € erhöht. Das ist der Versuch, das in der letzten Zeit etwas gestörte Verhältnis zwischen Teilen der Politik und dem Verein wieder zu verbessern. Wir sollten alle an einem Strang ziehen. Ich glaube nicht, dass eine der beiden Seiten das Ei des Kolumbus hat.

Spiel- und Lernstuben: Die Spiel- und Lernstuben der Stadt Eschweiler werden, auch wenn das von manchen anders gesehen wird, nicht durch die offene Ganztagschule ersetzt. Die Spiel- und Lernstuben erreichen andere Kinder und Jugendliche. Aus unserer Sicht sollte versucht werden, die Öffnungszeiten zu erweitern. Um da auch unter Wirtschaftlich Gesichtspunkten vernünftig planen zu können, muss sich allerdings zuerst der Betrieb der Offenen Ganztagschulen einspielen.

Erfreulich ist auch, dass alle im Rat vertretenen Parteien und Gruppen der Erhöhung der Mittel für Projekte gegen Rechts zustimmen. Hier geht Eschweiler anderen Kommunen mit gutem Beispiel voran.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen und hoffen, dass es von der Aufsichtsbehörde genehmigt wird.

Es bleibt spannend.

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Konstantin Theuer –
Mittwoch, den 15.06.2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit Jahren moniert die FDP im Rat der Stadt Eschweiler, dass Haushalte verspätet eingebracht werden. In diesem Jahr ist fast ein halbes Haushaltsjahr verstrichen, ehe wir über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf beraten. Das ist schon „Spitze“ im negativen Sinn! Dies allein auf die Auflösung des Stadtbetriebes zu schieben ist schon verwunderlich. Dort wurden offenbar die „Hausaufgaben“ nicht gemacht, aus welchen Gründen auch immer. Hier wäre konsequenteres Handeln angebracht gewesen. Es ist jetzt an der Zeit, dass zukünftig Haushalte im alten Jahr für das kommende Jahr, spätestens im Dezember, verabschiedet werden. Wie sollen sonst dringend erforderliche Maßnahmen noch umgesetzt werden, wenn z. B. die Genehmigung des Haushaltes 2005 erst im August oder sogar September erfolgt? Durch Abwarten und Verschieben werden die Nöte nicht kleiner, nur später öffentlich zugegeben.

Wir fordern also bereits jetzt dazu auf, dass mit den Planungen für den Haushalt 2006 unmittelbar nach den heutigen Beratungen begonnen wird!

Um zu verdeutlichen, wie recht meine Ausführungen vom 26.03.2003 und 24.03.2004 waren, zitiere ich aus meinen damaligen Haushaltsreden:

„Bei aller Kritik, die folgen wird, wir bedanken uns beim Kämmerer und allen an der Aufstellung des vor uns liegenden Zahlenwerkes Beteiligten. Es ist uns bekannt, dass bei den am Haushalt tätigen

Menschen oft „zwei Seelen“ in der Brust sitzen, und oft Sachzwänge das Tun beeinflussen. Trotzdem hätten wir uns gewünscht, dass wir ein optimistischeres Werk hätten heute beraten können.“ Zitat Ende. Diese Passage hat nach wie vor Gültigkeit, ich würde sie heute nicht anders niederschreiben als in den letzten beiden Jahren.

Vorweg: Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler ist bereit, sich aktiv und kooperativ in die Beratungen „einzumischen“; wir sind gewillt und bereit, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen mit zu tragen, aber den vorliegenden Haushalt können und wollen wir so nicht akzeptieren. Wir werden also das vor uns liegende Zahlenwerk ablehnen und dem Haushalt 2005 nicht zustimmen.

Dass der Haushalt strukturell nicht ausgeglichen ist, ist eine Tatsache die schon länger bekannt ist. Hierüber kann auch das optimistisch aufgelegte HSK nicht hinwegtäuschen.

In dem Wissen, dass nicht alle Probleme hausgemacht sind, geht unser Vorschlag in eine moderate Mehrbelastung aller Eschweiler Bürgerinnen und Bürger, ob Gewerbetreibende oder nicht.

Wir können einer Gewerbesteuererhöhung von 415 v.H. auf 430 v.H. nicht zustimmen, allenfalls auf 422 v.H., wobei auch hier schon Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines solchen Handelns aufkommen. Weiter wollten wir die Grundsteuer B von 381 v.H. auf 390 v.H. anheben, was einer Mehrbelastung des Bürgers pro Kopf und Jahr von etwa € 3,00 entspricht.

So verstehen wir Solidarität der Bürgerinnen und Bürger, nicht mit der einseitigen Belastung einzelner Personengruppen. Unser Konzept ist ausgewogener und sozialer als das, worüber heute hier beschlossen wird. Wenn durch die geplante Gewerbesteuererhöhung ein Betrieb sich nicht in Eschweiler ansiedelt, oder ein Betrieb nach außerhalb verlagert, oder womöglich ein Betrieb liquidieren muss, sind die Folgen für die betroffenen Arbeitnehmer sicherlich unsozialer als unsere „Obolusforderung“ von rund € 3,00 pro Einwohner und Jahr! Mit dem vorliegenden Konzept greifen wir dem Gewerbetreibenden tiefer in die Tasche als nötig, denn von den veranschlagten € 600.000 Mehr-

einnahme bleiben nur rund € 200.000 in Eschweiler, wohingegen die von uns vorgeschlagenen € 153.000 fast vollständig im Stadthaushalt verblieben wären.

Alle unsere Veränderungsvorschläge, die dem Wohle der Allgemeinheit dienen sollten, wurden – lassen Sie es mich deutlich sagen – „abgebügelt“. Sie, meine Damen und Herren der Koalition, wünschen keine Vorschläge der Opposition, auch wenn sie noch so gut sind. Dafür verschwinden unsere Ideen in Ihren Schubladen, um sie bei Bedarf und nach Ihrem Gutdünken dann wieder aus der Schublade „FDP“ herauszuholen und nach gewisser Zeit als eigene Ideen zu verkaufen.

Zur Personalentwicklung hatten wir im Frühjahr 2003 bereits einen entsprechenden Anlauf genommen und unsere Ideen vorgetragen. Wir sind hier offenbar nicht ernst genommen oder falsch verstanden worden. Wir forderten seinerzeit, wie auch jetzt wieder, eine jährliche Kosteneinsparung von 1 %, was in 2005 einem Betrag von rund € 233.000 entspricht. Dies sind realistische und realisierbare Vorschläge. Die Koalition, und noch mehr die CDU, fordern jetzt einen Personalabbau, der praktisch gar nicht umzusetzen ist. Vor dem Hintergrund, dass der Haushalt so spät eingebracht wird, die Genehmigung noch in weiter Ferne liegt, können wir uns nicht vorstellen, dass überhaupt noch etwas in dieser Richtung geschieht. Unsere Bewertung: Populistisches Vorgehen, Effekthaschender Aktionismus, mehr nicht. Wir fordern ein Personalentwicklungskonzept, was den Namen auch verdient, keine Rückschau über das, was war, sondern eine Planung auf das, was erforderlich ist und umgesetzt werden muss. Wir haben einen Personalabbau gefordert, der sozialverträglich durch normale Fluktuation und altersbedingtes Ausscheiden von Personal umgesetzt werden soll. Wir wollen keinen Mitarbeiter der Verwaltung in die Arbeitslosigkeit „entlassen“. Wir haben versucht Wege aufzuzeigen, die letztendlich zur Entlastung des Haushaltes führen können, und unserer Ansicht nach auch müssen, und das, wie schon gesagt, vor mehr als 2 Jahren. Was uns hier weiter hilft, sind Taten, keine Lippenbekenntnisse. Beschreiten wir den steinigen Weg der Umsetzung gemeinsam, verringern wir die Hierarchieebenen, übertragen Kompetenzen auf andere Ebenen. Dies führt zu Motivation und ergebnisorientierter erfolgreicher Arbeit. Personelle Fachkompetenz ist nach un-

serem Wissensstand vorhanden. Nur durch solche, manchmal auch unpopulären Maßnahmen, kann der seit langem angemahnte strukturelle Ausgleich gelingen.

Unsere Vorstellungen über die Einstellung von neuen Mitarbeitern werden wir in den nächsten Tagen konkretisieren und mit einem entsprechenden Antrag in die Gremien einbringen.

Unsere Vorschläge in Bezug auf die maroden Gemeindestraßen, die wir seit Jahren unterbreiten, werden nicht akzeptiert. Die Mehrheit nimmt die davon ausgehenden Gefahren, verbunden mit Schädigung von Personen und Material, bewusst in Kauf. Wann kommt in Eschweiler endlich der Aufbau „West“, nachdem der Aufbau „Ost“ ja mittlerweile, was die Straßen anbetrifft, abgeschlossen ist?

Vor uns liegen große Herausforderungen. Die Umgestaltung der „Einkaufsstadt Eschweiler“ muss zielstrebig, aber mit Augenmaß, vorangetrieben werden. Dies gilt in allen Bereichen. Hierzu gehört auch die Schaffung von öffentlichen Toilettenanlagen, wozu wir praktikable Lösungen angeboten haben. Alle anderen Vorstellungen sind indiskutabel. Wir beharren auf unserer Forderung, den Anfang in 2005 mit dem Standort „Markt“ zu beginnen. Die von uns kalkulierten Kosten belaufen sich auf rund € 70.000.

Bedauerlich finden wir, dass vor dem Hintergrund der Pisa-Studie die von uns geforderte Anhebung der Mittel für alle Eschweiler Schulen im Bereich Lehr- und Lernmittel, sonstiger Schulbedarf nicht auf Zustimmung gestoßen ist. Unsere Erhöhungsvorschläge beliefen sich auf rund € 53.000.

Da die Spiel- und Lernstube in gewisser Konkurrenz mit der offenen Ganztagschule „Eduard Mörike“ sich befindet, hatten wir vorgeschlagen, die Mittel hierfür zu kürzen, und davon teilweise die Arbeit der Ganztagschule zu honorieren und mehr Mittel zuzuweisen. Fehlanzeige: Das will die Mehrheit nicht. Schade.

Nein, man stellt lieber seitens der Verwaltung für ein „Auenkonzept“ in 2005 einen Betrag von € 50.000 ein. Die Gesamtkosten hierfür sol-

len aber mit den Ansätzen der Folgejahre € 430.000 betragen. Verschwiegen wurde aber in dem Haushaltsplanentwurf, dass es sich hier um Folgekosten aus der fragwürdigen „Überbauung“ am östlichen Rand der Brücke Neustraße handelt. Dies wurde zur Verwunderung aller, auch des Bürgermeisters, erst bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss am vorigen Mittwoch bekannt. Traurig, traurig wie hier die Politik an der Nase herumgeführt wurde. Daran ändert auch der Artikel „Großprojekt „Schönere Inde“ liegt vorerst auf Eis“ in der Lokalpresse von gestern nichts. Der gesamte Ansatz sollte gestrichen werden. Lassen wir abwarten was dann auf uns zukommt. Ich plädiere für den „zivilen Ungehorsam“ in dieser Sache. Ich kann mir nicht vorstellen, dass solcher Schwachsinn von der neuen Landesregierung gefordert wird.

Was verbirgt sich noch alles in dem vor uns liegenden Zahlenwerk? Der Politik ist es schlicht und ergreifend nicht möglich jede einzelne Position auf den Prüfstand zu stellen, u. a. auch wegen der zeitlichen Vorgaben der Verwaltung.

Das Gefeilsche um die Mittel für das City-Management ist schon auffallend. Was ist gemeint? Rachegeleüste? Wir wollen den Ansatz beibehalten, alle anderen Parteien kamen mit unterschiedlichen Ansätzen. Wir hegen keine Rachegeleüste, fordern aber eine Steigerung der Effektivität des City-Managements zur Belebung und Wirtschaftsförderung.

Inkonsequent halten wir die Forderung nach einem Jugendparlament, diesem dann jedoch keinen Handlungsspielraum durch Einrichtung einer entsprechenden Haushaltstelle einzuräumen. Wenn ein Jugendparlament installiert wird, muss es im Rahmen einer festgelegten Satzung Handlungsspielraum für jugendrelevante Projekte erhalten.

Es würde zu weit führen hier alle Probleme anzusprechen. Ich könnte die Liste hier noch beliebig fortsetzen, aber wir kommen zu gegebener Zeit noch auf die einzelnen Punkte in Form von Anträgen und Redebeiträgen zurück.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Kolleginnen und Kollegen aller Ratsfraktionen, die uns bei der Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt Eschweiler unterstützt haben, wenn auch manchmal die Wege zum Ziel sehr unterschiedlich gesehen und angegangen wurden.

Ich zitiere wie immer: „Ziehen wir wenn möglich am gleichen Strang, hoffentlich auch am gleichen Ende“.

Für Ihre Aufmerksamkeit darf ich mich recht herzlich bedanken.

Eschweiler, den 15.06.2005

Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Eschweiler vom 15. Juni 2005

Haushaltsstelle 1.81500.22000/1, Bez.: Konzessionsabgabe „Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH“

1. Haushaltsjahr 2004

Ansatz: 562.400 €

Der Ansatz wurde wie folgt ermittelt:

- 4 à-conto-Zahlungen à 130.000 € = 520.000 € und
- eine Restzahlung für 2003 in Höhe von ca. 42.400 €.

Die á-conto-Zahlung für das 4. Quartal ging in 2004 nicht ein.

Die Jahresrechnung schloss u.a. daher mit einem Ergebnis von 428.023,94 € ab. Dies bedeutete eine Wenigereinnahme in Höhe von 134.376,06 €.

2. Haushaltsjahr 2005

Ansatzermittlung:

- à-conto-Zahlung für das 4. Quartal 2004 in Höhe von 130.000 € (siehe vor)
- 4 á-conto-Zahlungen in Höhe von 150.000 € = 600.000 €
- Restzahlung aufgrund zu gering angesetzter á-conto-Zahlungen für 2004 in Höhe von ca. 96.000 € (ging bereits ein).

Ansatz 826.000 €.

Eschweiler, 16. Juni 2005 / bü

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a cursive flourish.